

14.02.2022

## Aktuelle Stunde

auf Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP

### **Mitte der Gesellschaft und Wirtschaft entlasten – stark gestiegene Energiepreise stabilisieren**

In den letzten Monaten sind erheblich gestiegene Energiepreise zu beobachten. Dies belastet private Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unternehmen in Nordrhein-Westfalen. Das Industrieland Nordrhein-Westfalen ist mit seinen vielen energieintensiven Mittelständlern besonders betroffen. In Nordrhein-Westfalen existieren mehr als 1,3 Millionen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in der Industrie. Damit sind rund 20 Prozent der Beschäftigten in unserem Land direkt in Industriebetrieben tätig. Zuzüglich der industrieorientierten Dienstleistungen steht die Industrie für 40 Prozent der Wertschöpfung in NRW. Zudem beheimatet Nordrhein-Westfalen bundesweit etwa ein Drittel aller energieintensiven Unternehmen (gemessen an der Zahl der Arbeitsplätze). Mit der Frage der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen sind auch Auswirkungen auf die Beschäftigten und ihre Familien im Blick zu behalten. In der aktuellen DIHK-Konjunkturumfrage vom 11. Februar 2022 werden mittlerweile die hohen Energiepreise als größtes Risiko für die Geschäftsentwicklung der Unternehmen in den kommenden 12 Monaten gesehen.<sup>1</sup> Ferner entziehen die hohen Energiepreise den privaten Haushalten in erheblichen Maße Kaufkraft. Eine aktuelle Umfrage im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbands zeigt, dass die große Mehrheit der Verbraucherinnen und Verbraucher finanzielle Belastungen durch die hohen Energiepreise fürchtet: 62 Prozent machen sich demnach Sorgen, dass die Energiepreis-Krise sie in Zukunft belasten werde.<sup>2</sup> Daten des Statistischen Bundesamtes zeigen, dass die Sorgen sehr berechtigt sind. Die Energiepreise waren im Januar um 20,5 Prozent höher als im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Heizöl war 51,9 Prozent teurer, Erdgas 32,2 Prozent, Treibstoff 24,8 Prozent und Strom 11,1 Prozent<sup>3</sup>.

---

<sup>1</sup> <https://www.dihk.de/de/themen-und-positionen/wirtschaftspolitik/konjunktur-und-wachstum/konjunkturumfrage-jahresbeginn-2022>

<sup>2</sup> <https://www.welt.de/wirtschaft/article236804129/Energiepreise-CDU-CSU-fordern-milliardenschwere-Entlastungen.html>

<sup>3</sup> <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/inflation-weiter-hoch-heizoel-ist-50-prozent-teurer-geworden-17796970.html#:~:text=Der%20DIHK%20rechnet%20zudem%20mit,Jahr%203%2C1%20Prozent%20waren.&text=%E2%80%9EDamit%20werden%20wir%20das%20Vorkrisenniveau,Jahresmitte%20erreichen%E2%80%9C%2C%20sagte%20Wansleben>

Die Ursachen für die gestiegenen Energiepreise sind vielfältig. Die globale Nachfrage nach Rohstoffen steigt mit der wirtschaftlichen Erholung wieder an, neue Preisbestandteile wie die CO<sub>2</sub>-Bepreisung wirken sich aus, die Füllstände der Gasspeicher in Deutschland sind niedrig und die Situation in der Ukraine birgt geopolitische Unsicherheiten. Der Preisauftrieb ist bei allen konventionellen Energieträgern feststellbar, besonders extrem bei Erdgas. Dies hat einen sehr starken Einfluss auf die Strompreise in Deutschland. In Verbindung mit einem eher schwachen Dargebot aus Erneuerbaren Energien sorgte der hohe Gaspreis für einen nie dagewesenen Anstieg der Großhandelspreise für Strom. Viele Energieversorgungsunternehmen mussten die stark gestiegenen Preise am Strommarkt zum 1.1.2022 an ihre Kunden weitergeben. Bei den Strompreisen belegte Deutschland in der jüngeren Vergangenheit im Ländervergleich stets einen Spitzenplatz hinsichtlich der höchsten Preise. Eine BDEW-Auswertung zeigt für den Januar 2022, dass der durchschnittliche Strompreis für private Haushalte zu Jahresbeginn gegenüber dem Jahresmittel 2021 um 12,5 Prozent gestiegen ist und nun durchschnittlich 36,19 ct/kWh beträgt. Auch der Strompreis für kleine bis mittlere Industriebetriebe ist zu Jahresbeginn im Jahresmittelvergleich 2021 um 27 Prozent gestiegen.<sup>4</sup>

Zum 1.1.2022 ist die EEG-Umlage auf 3,7 ct/kWh gesunken. Damit ist der Anteil von Steuern, Abgaben und Umlagen am Haushaltsstrompreis – das erste Mal seit Jahren – auf rund 40 Prozent (2021: rd. 51 Prozent) gesunken. Dies begrüßen wir, halten aber den Schritt nicht für ausreichend.

Auch die Preise für die Wärmeversorgung mit Erdgas mussten viele Energieversorgungsunternehmen durch Preisanpassungen zum 1.1.2022 anpassen. Der Erdgaspreis explodierte im Januar 2022 um 72 Prozent im Vergleich zum Jahresmittel 2022.<sup>5</sup>

Mit den Preisanstiegen sind erhebliche Belastungen für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie für die Wirtschaft, insbesondere für den Mittelstand, verbunden. Die Bundesregierung hat angekündigt, ab dem 1. Juli 2022 die EEG-Umlage abzuschaffen und somit erste Entlastungen auf den Weg zu bringen. Bereits beschlossen ist ein einmaliger Heizkostenzuschuss für finanzschwache Haushalte.

Allerdings sind nicht nur finanzschwache Haushalte von den stark gestiegenen Preisen betroffen; vielmehr sind die Effekte bis weit in die Mitte der Gesellschaft spürbar. Deshalb sind weitergehende kurzfristige wie auch strukturelle Antworten auf die sich zuspitzende Energiepreiskrise zu geben. Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat zu diesem Zweck einen Entschließungsantrag „Maßnahmen zur Entlastung der Verbraucherinnen und Verbraucher und der Wirtschaft und zur Stabilisierung der Energiepreise“ am 11. Februar in den Bundesrat eingebracht. Die Entschließung setzt u.a. an einer Reduzierung von Energiesteuern und der Mehrwertsteuer, einer dauerhaften und nachhaltigen Lösung, die die steigenden Energiekosten auch im Wohngeld abbildet, an und macht zudem Vorschläge wie Versorgungssicherheit und bezahlbare Erdgaspreise durch Diversifikation und den Aufbau einer strategischen Gasreserve gewährleistet werden können.

Der Landtag Nordrhein-Westfalen muss im Rahmen einer Aktuellen Stunde über den wichtigen Beitrag der Landesregierung zur Lösung der Energiepreiskrise debattieren, da das bevölkerungsreichste Land und industriell starke Nordrhein-Westfalen besonders von dem aktuellen Energiepreisniveau betroffen ist und mit dem Antrag unserer Landesregierung

---

<sup>4</sup> <https://www.bdew.de/service/daten-und-grafiken/bdew-strompreisanalyse/>

<sup>5</sup> <https://www.bdew.de/service/daten-und-grafiken/bdew-gaspreisanalyse/>

erstmalig auf Bundesebene ein umfassender Ansatz für Entlastungswirkungen vorgelegt wurde<sup>6</sup>.

Bodo Löttgen  
Matthias Kerkhoff

und Fraktion

Christof Rasche  
Henning Höne

und Fraktion

---

<sup>6</sup> <https://www.zeit.de/news/2022-02/11/hohe-energiepreise-nrw-und-bayern-fordern-entlastungspaket>  
<https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/wuest-energiepreise-bundesrat-100.html>